

NIEDERSCHRIFT

über die 0. Beratung der Gemeindevertretung am 05.09.2019

Ort: Rathaus Kleinmachnow, Adolf-Grimme-Ring 10, Bürgersaal
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 23:00 Uhr
Anwesenheit: siehe Anwesenheitsliste

Öffentlicher Teil

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Eröffnung der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung Kleinmachnow und Begrüßung durch den Vorsitzenden, Herrn Liebreuz.

Es wird festgestellt, dass die Ladung zur Sitzung an alle Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter fristgerecht erfolgte.

TOP 2 Übergabe der Urkunden an gewählte Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter durch den Wahlleiter der Gemeinde Kleinmachnow

Herr Piecha übergibt den neu gewählten Mitgliedern der Gemeindevertretung, Frau Sahlmann und Herrn Dr. Braun, die Ernennungsurkunden und beglückwünscht sie zu ihrer Wahl.

TOP 3 Verpflichtung von Mitgliedern der Gemeindevertretung zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben durch den Vorsitzenden der Gemeindevertretung

Durch den Vorsitzenden der Gemeindevertretung, Herrn Liebreuz, werden Frau Sahlmann und Herr Dr. Braun zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet.

Aus Anlass der Verpflichtung haben sich Frau Sahlmann und Herr Dr. Braun von ihren Plätzen erhoben.

TOP 4 Feststellung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung am 5. September 2019

An alle Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter wurden folgende Unterlagen als Tischvorlagen verteilt:

- DS-Nr. 064/19/1, Austausch Antrag Grundsteuerbremse – Aufkommensneutralität

- der Grundsteuer garantieren
- DS-Nr. 122/19 – schriftliche Anfragen von Herrn Steinacker zur Neuausrichtung des Regionalausschusses – Anfrage ist fristgerecht eingereicht worden – wird unter TOP 18 ‚Schriftliche Anfragen‘ als TOP 18.1 eingeordnet
 - DS-Nr. 123/19 – schriftliche Anfragen von Frau Dr. Bastians-Osthaus zur Restaurierung der Remise Zehlendorfer Damm 200 - Anfrage ist fristgerecht eingereicht worden – wird unter TOP 18 ‚Schriftliche Anfragen‘ als TOP 18.2 eingeordnet
 - Beantwortung der Anfragen.
- Herr Gutheins führt aus, dass der Antrag, DS-Nr. 064/19/1, ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und FDP ist. Auf dem Antrag steht als Einreicher nur die Fraktion CDU. Der Vorsitzende, Herr Liebreuz, führt aus, dass ein korrigierter Antrag mit beiden Einreichern als Tischvorlage vorliegt.
- Frau Schwarzkopf regt an, die drei Anträge zum Klimaschutz zusammenfassend zu behandeln und in den UVO-Ausschuss zu verweisen.
- Der Bürgermeister, Herr Grubert, spricht sich gegen den Vorschlag von Frau Schwarzkopf aus. Jeder Antrag sollte einzeln aufgerufen und dann eventuell in den UVO-Ausschuss verwiesen werden.
- Frau Schwarzkopf schlägt vor, die Reihenfolge im TOP Anträge so zu ändern, dass alle drei Anträge zum Klimaschutz nacheinander behandelt werden können.

Weitere Änderungen und Ergänzungen zur Tagesordnung der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung am 5. September 2019 liegen nicht vor.

Die geänderte Tagesordnung der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung am 5. September 2019 wird festgestellt.

TOP 5	Einwendungen gegen die und Feststellung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung vom 16. Mai 2019 (vergangene Wahlperiode)
--------------	--

Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung vom 16. Mai 2019 liegen nicht vor.

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung vom 16. Mai 2019 wird festgestellt.

TOP 6	Einwendungen gegen die und Feststellung der Niederschrift der öffentlichen konstituierenden Sitzung der Gemeindevertretung vom 19. Juni 2019
--------------	---

Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen konstituierenden Sitzung der Gemeindevertretung vom 19. Juni 2019 liegen nicht vor.

Die Niederschrift der öffentlichen konstituierenden Sitzung der Gemeindevertretung vom 19. Juni 2019 wird festgestellt.

TOP 7	Einwohnerfragestunde
--------------	-----------------------------

1. Frau Huth, Geschwister-Scholl-Allee

- 1.1 Für den Rathausmarkt wurde ein Fahrradfahrverbot beschlossen. Eine entsprechende Kennzeichnung konnte ich aber auf dem Rathausmarkt noch nicht entdecken. Ich frage den Bürgermeister, wie ist der Stand dazu?**

Bürgermeister Herr Grubert

Es ist richtig, dass ein solcher Beschluss gefasst wurde. Das bedarf in der Umsetzung einer verkehrsrechtlichen Anordnung, die aus Werder erfolgen muss. Wir rechnen damit, dass der Beschluss im IV. Quartal 2019 umgesetzt werden kann.

Des Weiteren kann ich noch eine gute Nachricht verkünden. Zurzeit findet ja der Umbau des EDEKA-Marktes statt, so dass Ende November dann auch die öffentliche Toilette, neben dem Eingang des Rathauses, eröffnet werden kann.

2. Frau Vosskühler, Erlenweg 29a

- 2.1 Ich habe eine Frage, die sehr gut zu dem jetzt viel besprochenen Klimaschutz passt. Sie bezieht sich auf Veranstaltungen im Bürgersaal, wie auch an den Wahlsonntagen. Da gibt es im Vorraum Bretzeln, Bouletten und Bockwürste. Den Vegetariern wurde gesagt, dass sie ja eine Brezel mit etwas Senf darauf essen können. Und falls sie beleidigt sind, dass man an sie nicht gedacht hat, gibt es ja die auch die Möglichkeit, gar nichts zu essen. Ich möchte betonen, dass es wirklich nichts schadet, wenn man in den drei Stunden der sehr guten Unterhaltung an den Wahlsonntagen nichts isst. Aber warum machen die Verantwortlichen immer weiter mit dem Fleischangebot? Wenn es so schwierig ist, Rücksicht zu nehmen auf alle, die kein Fleisch essen, wäre es da nicht besser, gar nichts zu essen anzubieten als die Erkenntnisse immer wieder nicht zu befolgen und immer weiter so zu machen mit der Bewirtung? Und ausgerechnet in einem Rathaus die Minderheiten so zu missachten.**

Bürgermeister Herr Grubert

Danke für die Anfrage. Ich war am Sonntag in Teltow und die haben die zweite Variante praktiziert, die haben gar nichts angeboten, was ich aber unbefriedigend fand. Ich glaube aber nicht, dass jemand aus der Verwaltung oder deren Umfeld Ihnen gesagt hat, dass Sie gar nichts essen sollen.

Frau Vosskühler

Das hat man mir am Büfett gesagt.

Bürgermeister Herr Grubert

Das finde ich allerdings nicht so passend. Mit Ihrer Aussage des Klimaschutzes, Frau Vosskühler, haben Sie aber hundertprozentig Recht. Bei der nächsten Wahlparty werden wir das bedenken und auch etwas für Vegetarier anbieten. Da kann ich mich nur für entschuldigen.

3. Frau Storch, Kiefernweg 36

- 3.1 In der letzten Legislaturperiode hatten wir einen Beschluss gefasst, dass der**

Puschkinplatz belebt und die Aufenthaltsqualität verbessert werden soll. Aber genau das Gegenteil ist festzustellen. Die einsame Bank am Bouleplatz vermüllt zusehends. Die Bücherbox erfreut sich großer Beliebtheit, aber die einzige Bank, die danebensteht, ist auch verschmutzt. Der Müllbehälter quillt über. Es wären dringend Schritte zu unternehmen, wovon einige sehr einfach wären wie z. B. mehrere Müllbehälter aufzustellen und das Aufstellen von Bänken sollte nicht einfach so passieren, sondern da sollte ein städtebauliches Konzept dahinterstehen. Wann beabsichtigt die Verwaltung, dieses Projekt in Angriff zu nehmen?

Bürgermeister Herr Grubert

Sehr geehrte Frau Storch, bis zum 26. Mai 2019 waren Sie Gemeindevertreterin und da wissen Sie, wenn so ein Antrag eingeht, muss ich auch Haushaltsmittel einstellen. Die haben wir für das Jahr 2020 vorgesehen. Soweit ich mich erinnere, beinhaltete der Antrag der BIK im Wesentlichen die europäische Standardisierung des Bouleplatzes. Allerdings sind wir wie Sie der Meinung, dass die Mittel, die für 2020 in den Haushalt eingestellt werden, die Verbesserung des Bouleplatzes und des gesamten Umfeldes umfassen müssen. Die grundsätzliche Anregung, die Sie eingebracht haben, war sehr gut, aber da in diesem Jahr dafür keine Mittel mehr zur Verfügung stehen, werden wir das im Jahr 2020 umsetzen.

Herr Templin, Vorsitzender der Fraktion BIK

Den Antrag habe ich zwar nicht vorliegen, aber nach meiner Erinnerung war der Antrag zweigliedrig. Der eine Teil bezog sich auf die Ertüchtigung des Platzes. Das von Frau Storch angesprochene Entleeren der Müllbehälter und das Reinigen müsste ja aus dem laufenden Haushalt als Geschäft der Verwaltung erledigt werden können.

Bürgermeister Herr Grubert

Das ist richtig, Herr Templin, und wenn es so krass ist wie Frau Storch geschildert hat, werde ich es durch den Bauhof reinigen lassen.

4. Herr Neumann, Zehlendorfer Damm 28

4.1 Wie wirkt sich die aktuelle Verkehrspolitik auf die bevorstehende zweijährige Sperrung der Rammrathbrücke, in Verbindung mit der Verschiebung des integrativen Verkehrskonzeptes und der damit verbundenen Zunahme der Verkehrsdichte auf Durchgangsstraßen, auf die Anwohner aus? Ich denke nicht, dass die Situation zufriedenstellender wird, wenn vom Parkverbot auf Grünstreifen gesprochen wird, was den Anwohnern nicht unbedingt hilfreich ist.

Bürgermeister Herr Grubert

Die Rammrathbrücke wird, und so werde ich nachher im Bericht des Bürgermeisters noch informieren, Ende Oktober für 18 Monate geschlossen. Das Parken auf den Grünflächenüberfahrten auf dem Zehlendorfer Damm ist umstritten hinsichtlich der Länge. Unstreitig ist aber bei fast allen Gemeindevertretern, dass während der Sperrung der Rammrathbrücke das Parken und Halten auf den Grünflächenüberfahrten genehmigt werden sollte. Für die gesamte Lösung der Verkehrsproblematik gibt es auch Ideen, die mit der unteren Verkehrsbehörde abgestimmt sind z. B. dass Busse und Rettungsfahrzeuge über die früher entwidmete Verlängerung der Oderstraße in

die Straße „Im Tal“ geführt werden und dass die Straße vor dem Evangelischen Gymnasium geteilt werden soll, damit das Weinberg-Viertel nicht so stark belastet wird. Ich muss natürlich klar sagen, wenn man eine Hauptbrücke sperrt, weil sie saniert werden muss, und das Verkehrsaufkommen genau so bleibt, dann ist es logisch, dass es woanders Probleme geben wird. Es gibt zwei Varianten, die Vernunft der Bürger, die ich sehr stark begrüßen würde oder im Stau stehen. Eine Änderung des Verkehrsverhaltens der Bürger wäre so, dass man andere Wege benutzt oder mit anderen Verkehrsmitteln zu fahren. Aber was soll ich denn machen? Die Brücke wird gesperrt. Wenn die Brücke nicht notwendig wäre, wäre sie nie gebaut worden oder würde nicht betrieben werden. Es ist ganz klar, wenn eine Brücke mit 12.000 bis 14.000 Fahrzeugen am Tag ausfällt, dass sich der Verkehr andere Wege suchen wird. Gemeinsam mit der unteren Verkehrsbehörde ergreifen wir Maßnahmen, um den Verkehr abzufangen, zu mildern oder umzuleiten. Es gibt ein erstes Verkehrskonzept, aber es wird schon Schwierigkeiten geben, das ist klar. Aber das ändert nichts daran, dass die Brücke Betonkrebs hat und saniert werden muss.

Herr Neumann

Kleine Maßnahmen würden ja auch zum Ziel führen.

Bürgermeister Herr Grubert

Welche denn?

Herr Neumann

Halteverbote auf Durchfahrtsstraßen, Tempo 30 auf Durchfahrtsstraßen, Beschränkung des Güterschwerlastverkehrs, vielleicht mit Ausnahmegenehmigung, etc. Man müsste mal einen Anfang machen, man darf nicht nur verschieben und nicht drüber reden, man muss mal was machen. Ich wohne 30 Jahre an einer Durchfahrtsstraße, es passiert relativ wenig. Schauen Sie sich die Situation stadtauswärts, gegenüber dem Freibad, an. Da stehen die Fahrzeuge 100 Meter Reihe an Reihe. Da können keine Busse überholen. Wenn sie überholen, bringen sie sich in Gefahr und eventuell die Unfallzahlen dann steigen. Dem muss man ja irgendwie Herr werden. Das verstehe ich nicht, warum stellt man keine Schilder auf? Das wäre die einfachste Maßnahme.

Frau Dr. Bastians-Osthaus, Vorsitzende der Fraktion CDU

Ich wollte den Beitrag des Bürgermeisters noch ergänzen. Vor zwei oder drei Jahren hatten wir schon einmal auf der Tagesordnung, dass die Brücke gesperrt werden würde und haben damals auf unseren Antrag einstimmig beschlossen, dass vorrangig eine Ersatzbrücke für die Zeit gestellt werden sollte. Das konnte leider nicht erreicht werden. Wir haben auch beschlossen, dass Durchgangsverkehr durch Wohnstraßen und Schulgebiete unbedingt zu verhindern und zu unterbinden ist. Da werden wir sehen, ob das gelingt. Ich finde es bedauerlich, dass noch immer kein Konzept vorliegt, wenn Ende Oktober schon die Sperrung ansteht. Ich bin der Meinung, wenn sich Schwierigkeiten auftun, müssen wir unbedingt zeitnah intervenieren. Das im Zehlendorfer Damm für diese Zeit ein Halteverbot eingerichtet werden muss, ist weitestgehend unbestritten, denn der Verkehr muss ja irgendwo langfließen. Wenn die Straßen weiter zugeparkt werden und die Busse nicht durchkommen, dann wird es definitiv keine Lösung für diese Zeit sein. Insofern werden wir uns noch weiter dafür einsetzen. Ich erinnere auch daran, dass es einer der Punkte im Bürgerhaushalt war, der von den Bürgerinnen und Bürgern Kleinmachnows gewünscht wurde, insofern ist es ein Punkt, den wir auf der Tagesordnung haben.

Herr Templin, Vorsitzender der Fraktion BIK

Auf der heutigen Sitzung haben wir einen Beschluss, der die dauerhafte Ausnahme der Möglichkeit des Haltens und Parkens auf den Grünflächenüberfahrten am Zehlendorfer Damm erlauben soll. Meines Erachtens haben wir uns noch in der letzten Gemeindevertreterperiode darüber unterhalten haben, welche konkreten Maßnahmen während der Sperrung ergriffen werden sollen. Es geht ja nicht nur um den Individualverkehr, sondern auch um den Versorgungsverkehr. Da hieß es, der Bürgermeister möge mich korrigieren falls ich es falsch in Erinnerung habe, dass eine konkretere Planung daran gescheitert ist, da man sich mit den zuständigen Stellen noch nicht zusammensetzen konnte. Insgesamt aber ist es so, Frau Dr. Bastians-Osthaus hat es erwähnt, dass wir uns Gedanken machen müssen, weil diese absehbare Verkehrsbeeinflussung, wie wir nicht nur den Individualverkehr, den öffentlichen Personennahverkehr, Feuerwehr, Krankenwagen usw. an dieser Stelle herumführen können. Das müsste jetzt auch vorliegen.

Frau Sahlmann, Fraktion B 90/Grüne

In den vielen Jahren zuvor, in denen ich den UVO-Ausschuss geleitet habe, wurde das Thema schon öfter angesprochen. Wir haben auch Zustimmung vom Bürgermeister bekommen, dass es ein Umleitungskonzept für die Bauphase geben soll und dass man bestimmte Maßnahme vorher abstimmt wie z. B. der Busverkehr sowie die Rettungsfahrzeuge mit einer Schranke über die Oderstraße. Das Bemühen ist schon da, aber man müsste jetzt mal auf Tempo drücken, dass uns etwas vorliegt. Einfach Schilder hinstellen geht nicht, das geht alles über die Verkehrsbehörde des Kreises. Die Kommune kann, was den fließenden Verkehr betrifft, alleine gar nichts machen. Sie ist nur für den ruhenden Verkehr zuständig. Deswegen ist es nicht ganz so einfach. Auf einen Antrag folgt meist ein zweiter oder dritter Antrag. Man muss da etwas Geduld haben mit der Demokratie und der Bürokratie. Ich habe aber die Hoffnung, dass wir das alles in Ruhe und richtig hinbekommen, damit die Anwohner im Zehlendorfer Damm nicht zu stark belastet werden.

Bürgermeister Herr Grubert

Ich möchte noch kurz ergänzen, dass es ein Umleitungskonzept gibt. Dafür zuständig ist die untere Verkehrsbehörde, die sich auch mit uns zusammengesetzt hat. Die ersten zwei Maßnahmen, eine hat Frau Sahlmann auch schon angesprochen, ist die Öffnung der Verlängerung der Oderstraße mit Schranken für Busse und Rettungsfahrzeuge. Damit das Weinbergviertel nicht so stark belastet wird, gibt es keine Möglichkeit über den Schwarzen Weg an die Potsdamer Allee zu fahren. In Höhe des evangelischen Gymnasiums wird die Straße gesperrt. Weiter ist vereinbart, dass innerhalb der ersten Woche ein Vor-Ort-Termin mit der unteren Verkehrsbehörde vereinbart wird um zu schauen, wie die Situation wirklich ist. Wir rechnen schon mit einer sehr starken Beeinträchtigung und auch mit Staus.

Herr Templin, Vorsitzender der Fraktion BIK

Wäre es dann nicht gut, das auf der Homepage der Gemeinde Kleinmachnow darzustellen?

Bürgermeister Herr Grubert

Im Bauausschuss haben wir darüber berichtet. Wenn der genaue Termin feststeht, wird eine öffentliche Veranstaltung durchgeführt, in der das Konzept mit Plänen genau vorgestellt wird. Das wurde uns vom Wasserstraßenschiffahrtsamt und der Baufirma zugesagt. Ihre Anregung aufgreifend, werden wir den Termin dann auch

auf der Homepage veröffentlichen. Aber rechnen Sie damit, dass es noch drei Wochen dauert, da der voraussichtliche Beginn noch dem Ende der Herbstferien Ende Oktober sein wird. Die Baufirma steht fest, die Behelfsbrücke für Fußgänger und Radfahrer wird im Moment geplant und auch gebaut werden und dann geht es Ende Oktober los, Bauzeit 18 Monate.

5. Hinweis von Frau Huth, Geschwister-Scholl-Allee

5.1 In der Geschwister-Scholl-Allee 45 und 47 lösen sich die Pflastersteine auf dem Gehweg.

TOP 8	Mitteilungen, Informationen, Berichterstattungen
--------------	---

TOP 8.1	Bericht des Bürgermeisters
----------------	-----------------------------------

Einwohnerentwicklung per 5. September 2019

Einwohner mit Hauptwohnung:	20.393
Einwohner mit Nebenwohnung:	661

Uferweg Teltowkanal

Bezüglich des Uferwegs Teltowkanal, dem kanalbegleitenden Rad- und Fußweg, sind wir einen großen Schritt vorangekommen. In der letzten Woche haben die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) und die Gemeinde einen Vertrag geschlossen. Damit kann der bisher sehr schlechte Zustand des Weges am WSV-Betriebsgelände, zwischen Schleusenbrücke und dem Alten Dorf, verbessert werden. Die Gemeindevertretung hatte für diesen Abschnitt am 16. Mai 2019 einen Grundsatzbeschluss gefasst. Jetzt beginnen die Planungen für eine Asphaltierung des Abschnittes, die im Jahr 2020 erfolgen soll.

Flächen Verlängerung Wolfswerder

Die öffentliche Auslegung des Flächennutzungsplan-Entwurfes hat begonnen. Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger können den FNP-Entwurf hier im Rathaus einsehen und bis zum 2. Oktober eine Stellungnahme dazu abgeben. An der Zielstellung der Gemeinde, die Straße „Am Rund“ zu schließen und den Rest im Flächennutzungsplan als Grünfläche aufzunehmen, ändert sich nichts. Die ausliegenden Unterlagen sind auch über das Internet, Startseite der Gemeinde, einsehbar.

Rammrathbrücke

In der Einwohnerfragestunde habe ich schon darüber berichtet. Ende Oktober 2019 geht es los, voraussichtlich bis Ende Mai 2021.

E-Ladesäulen

Nicht zu übersehen ist, dass jetzt am Rathausmarkt und im Ort die baulichen Aktivitäten im Zusammenhang mit der Installation von Ladesäulen zu verzeichnen sind. In ca. einem Monat werden wir die Einweihung feiern können.

100 Jahre Kleinmachnow

Nächstes Jahr wird die Gemeinde Kleinmachnow 100 Jahre alt. Aus diesem Anlass sind einige Veranstaltungen vorgesehen. Als Verwaltung haben wir uns aus der Anregung zur Baumpatenschaft ein Ziel gesetzt. Wir wollen bis zum Jubiläum 100 Jahre Landgemeinde Kleinmachnow auch 100 Baumpaten haben. Baumpaten sind wichtig insbesondere für Straßenbäume und gerade für Jungbäume unter zehn Jahre, damit sie in den langen Trockenphasen auch überleben können. Es gibt aber mindestens noch 200 Straßenbäume, die unter zehn Jahre alt sind. Machen Sie mit!

Ladesweite Tage der Sichtbarkeit

In der ersten Schulwoche nach den Herbstferien finden vom 22. bis 24. Oktober 2019 zum zweiten Mal die landesweiten Tage der Sichtbarkeit statt. Wir in Kleinmachnow nehmen mit den Grundschulen an insgesamt sieben Standorten teil. Das Projekt wird initiiert vom Netzwerk Verkehrssicherheit Brandenburg. Mit Plakaten und Broschüren werden wir darauf aufmerksam machen und freuen uns, wenn Sie mitmachen. Vor allem freuen wir uns immer, wenn die Autofahrer auf die vielen neuen Schulkinder achten.

Feste

Nächstes Jahr werden wir 100 Jahre und feiern, aber auch in diesem Jahr gibt es noch einige Feste. Am 6. September 2019, 16:00 Uhr, findet das Herbstfest der Eigenherdschule statt. Ebenfalls am 6. September 2019, 16:00 Uhr, findet das Schulfest der Steinweg-Schule anlässlich des 50jährigen Bestehens statt. Am Samstag, 7. September 2019, 10:00 Uhr, feiert die KITA „Freundschaft“ ihren 50. Geburtstag und am 27. September 2019, 16:00 Uhr, feiert die KITA „Ameisenburg“ 20. Geburtstag.

Städtepartnerschaft

In der Zeit vom 19. bis 22. September 2019 wird eine Delegation aus Mitgliedern der Gemeindevertretung und der Verwaltung in unserer Partnerstadt Schopfheim zu Gast sein. Delegationen aus den beiden anderen Partnerstädten von Schopfheim werden ebenfalls anwesend sein. Es wird eine interessante Reise werden, die Stadt Schopfheim hat ja auch einen neuen Bürgermeister. In diesem Jahr wird die Delegation seit langem wieder mit der Bahn nach Schopfheim reisen.

TOP 8.2 Informationen des Vorsitzenden der Gemeindevertretung

- Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Liebreuz, informiert, dass für alle Mitglieder der Gemeindevertretung die neue Ausgabe der Brandenburgischen Kommunalverfassung zur Verfügung steht.
- Allen Mitgliedern der Gemeindevertretung, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten, gratuliert Herr Liebreuz noch einmal öffentlich.
- Des Weiteren informiert der Vorsitzende, dass die Gemeindevertreterin Frau Preßler geheiratet hat.

TOP 8.3 Bericht des Eigenbetriebes KITA-Verbund für das Jahr 2018

Der Geschäftsbericht des Eigenbetriebes KITA-Verbund für das Jahr 2018 liegt in

schriftlicher Form vor. Die Leiterin des Eigenbetriebes KITA-Verbund, Frau Feser, hält für die anwesenden Gäste einen zusammengefassten Bericht.

Nachfragen:

Herr Steinacker

Frau Feser, Sie haben ja im Hinblick auf die Tagesordnung Ihren Bericht stark verkürzt gehalten. In der Sitzung des Werksausschusses KITA-Verbund haben Sie wesentlich mehr gesagt. Alle Mitglieder des Ausschusses waren sehr beeindruckt über die Arbeit, die Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen leisten. Dafür noch mal herzlichen Dank auch hier vor dem Gremium der Gemeindevertretung.

Sie haben auch ausgespart, was ein wenig auf Problemzonen hindeuten könnte. Auf Seite 16 des Berichts gehen Sie auf das Problem des organisatorischen Leitungsanteils ein. Für das Betreiben dieser Einrichtungen ist es ja auch wichtig, dass genügend Kapazitäten da sind, um das Bürokratische und Organisatorische zu händeln. Sie schreiben, dass es eine Vereinbarung mit der Gemeindevertretung aus dem Jahr 2012 gibt, wonach Leiterinnen von Kindergärten zwei Wochenstunden und Leiterinnen von Horten eine Stunde pro Woche für organisatorische Aufgaben freigestellt sind. Sie sagen gleichzeitig, unter Bezugnahme auf den Landes-Kinder- und Jugendausschuss des Landes Brandenburg und auch eine gesetzliche Grundlage richtig und bedarfsgerecht wäre, ein Leitungsanteil von 50 Prozent. Das ist ein Thema, das Sie versuchen würden, bei der Verwaltung, sprich dem Bürgermeister, zu platzieren.

Ich bitte den Bürgermeister etwas aus seiner Sicht dazu zu sagen. Ich denke, da sollte eine Lösung möglich sein, mit der die Leitungskräfte im KITA-Verbund gut leben können.

Bürgermeister Herr Grubert

Ich bedanke mich für die Frage, die ich aber hier nicht mit Ihnen öffentlich diskutieren werde. Darüber können wir uns gerne noch einmal unterhalten.

Herr Steinacker

Das war jetzt ein Missverständnis. Ich wollte Sie hier nicht in die Defensive oder in die Enge drängen. Ich wollte eigentlich nur auf den Weg bringen, dass in diesem Punkt eine Lösung gefunden wird, da die Situation für die Betroffenen ja offensichtlich unbefriedigend ist.

Das zweite, worüber ich aus der Sitzung des Werksausschusses KITA berichten möchte, ist, dass wir einen Herrn zu Gast hatten, der wohl Kindertagespflege in Kleinmachnow betreibt. Überwiegend werden ja Kleinstkinder in der Kindertagespflege betreut. Auf 60 Kinder kommen ungefähr 6 bis 8 Akteure. Da herrscht auch eine gewisse Unzufriedenheit, da es sich bei der Grundlage für die Betreuung um eine vertragliche Regelung von vor ca. zehn bis 12 Jahren handelt. Man versucht auch, mit der Verwaltung ins Gespräch zu kommen, um diese Grundlage vielleicht einvernehmlich zu novellieren, auch entgeltmäßig auf den Stand zu bringen. Das ist auch irgendwie steckengeblieben. Auch da möchte ich darum bitten, dass man das voranbringt, ohne jedoch Schuldzuweisungen anzubringen. Ich kann den Sachverhalt im Einzelnen nicht beurteilen.

Bürgermeister Herr Grubert

Das ist vielleicht richtig, dass Sie das nicht beurteilen können. Soweit ich weiß, haben Herr Schreckert und die Tagespflegeeltern kein Problem mit mir, sondern mit den

Erstattungen und Ausbildungsvergütungen des Landkreises. Wir als Gemeinde haben noch zusätzliche Kosten für Einrichtung und Anschaffungen übernommen.

Frau Feser, Leiterin des Eigenbetriebes KITA-Verbund

Ich habe versucht, das nachzuvollziehen. Es gibt aus dem Juni eine E-Mail von Herrn Schreckert, die damals auch an Herrn Bültermann gegangen ist. Die Themen die Herr Schreckert in der Mail anspricht, da gebe ich dem Bürgermeister Recht, beziehen sich zu Hundertprozent auf Regelungen des Landkreises z. B. die Bezahlung, die Übernahme von Versicherungsbeiträgen oder ähnliches. Da ist der Landkreis in der Verpflichtung, weil der Landkreis tatsächlich Ansprechpartner ist. Wir nehmen das nur im übertragenen Wirkungskreis wahr. Ich habe heute recherchiert, dass das wohl auch Thema war im Jugendhilfeausschuss Planung. Ich bin bloß nicht an das Protokoll herangekommen. Die Thematik würde ich Ihnen mal inhaltlich aufbereiten und dem Protokoll der Werksausschusssitzung als Anlage beifügen. Aber wie gesagt, die Grundthemen, die Herr Schreckert anspricht, sind Landkreisthemen.

Frau Pichl, Vorsitzende der Fraktion B 90/Grüne

Dazu möchte ich ergänzend sagen, dass ich auch im Kontakt mit Herrn Schreckert und anderen Tagespflegepersonen aus Kleinmachnow war. Was Herr Schreckert sagt stimmt schon. Ich versuche auch schon seit geraumer Zeit ihm darzulegen, dass es Landkreisebene ist. Tatsächlich gibt es das Problem der Tagespflegepersonen in Kleinmachnow, dass sie auf eine Antwort von Ihnen warten bezüglich der Zuschüsse. Die Kommune Kleinmachnow hat ca. 10.000,00 Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt zur Bezuschussung von Weiterbildung usw. Es wurde von den Tagespflegepersonen ein Vorschlag zu neuen Regularien gemacht, weil die nicht tragfähig sind, die bezuschusst werden. Da würde man sich über eine Antwort freuen.

Bürgermeister Herr Grubert

Frau Pichl, es ist richtig. Wir haben vor zwei oder drei Jahren eine Richtlinie beschlossen. Wenn die Tagespflegeeltern damit nicht mehr einverstanden sind, sollten wir das im nächsten KITA-Werksausschuss behandeln. Als Gemeinde haben wir eine zusätzliche Leistung beschlossen, die wir nicht machen müssten. Ich finde es aber gut, dass wir es beschlossen haben. Verantwortlich dafür wäre aber auch der Landkreis. Es ist kein Problem, dass wir es für 2020 anders machen, denn wir sollten froh sein, dass wir die Tagespflegeeltern haben.

TOP 8.4	Bericht des Geschäftsführers der P & E für das Jahr 2018
----------------	---

Der Geschäftsbericht der P & E für das Jahr 2018 liegt in schriftlicher Form vor. Der Geschäftsführer der P & E, Herr Rahn, hält für die anwesenden Gäste einen zusammengefassten Bericht.

Nachfragen:

Herr Gutheins

1. Ende August haben wir den Geschäftsbericht erhalten. Erst aber vom Stand Februar 2019. Warum bekommen die Gemeindevertreter den Bericht nicht früher?
2. Auf Seite 9 unter „Risikoabschätzung“ schreiben Sie: „Ein weiteres Risiko besteht darin, dass Maßnahmen, die die Einnahmen aus der Grundstücksveräußerung

schmälern, wie die Ausweisung der Sportplatzfläche am Dreilindener Weg und die zusätzliche Waldfläche im Gebiet „nördlich des Stahnsdorfer Damms“ festgesetzt bzw. begonnen werden, ohne dass die Kompensationen (Umwandlung von Gewerbe in Wohn- bzw. Mischgebietsflächen) gewährleistet sind.“

Was meinen Sie mit der Kompensation? Dass der Wohnungsbau eine Kompensation für die Sportplatzfläche ist? Das ist nicht verständlich.

Herr Rahn, Geschäftsführer der P & E

Zu 1.

Der Geschäftsbericht der P & E war eigentlich für Mai 2019 geplant, musste aber verschoben werden.

Zu 2.

Kompensation hat damit was zu tun, dass in dem Nachbargebiet C5, den Sie beschlossen haben, also wo mal auch die Wohnbebauung ein Riegel vorgesehen ist, wird Mischgebiet und die hätten wir eigentlich schon veräußern können und dass ist das Problem, dass wir dort nicht vorwärtsgekommen sind.

TOP 8.5

Bericht der Gemeindlichen Wohnungsgesellschaft mbH Kleinmachnow (gewog) für das Geschäftsjahr 2018

Der Geschäftsbericht der gewog für das Jahr 2018 liegt in schriftlicher Form vor. Die Geschäftsführerin der gewog, Frau Schmidt, hält für die anwesenden Gäste einen zusammengefassten Bericht.

Nachfragen:

Herr Gutheins, Vorsitzender der Fraktion FDP

Sie hatten die beiden Bauvorhaben „Wiesenrain“ und „Heidefeld“ kurz vorgestellt. Augenscheinlich sind das ja Ein- bzw. maximal Zweifamilienhäuser, wo eine Menge saniert worden ist. Ich bin mir nicht sicher, ob ich es richtig verstanden habe, beim „Wiesenrain“ habe ich etwas von 1,9 Mio. Euro verstanden.

Frau Schmidt, Geschäftsführerin der gewog

Nein. 1,9 Mio. Euro ist der gesamte Instandhaltungsaufwand für alle Objekte, die die gewog im Bestand hat.

Herr Gutheins, Vorsitzender der Fraktion FDP

Das Leben im Einfamilienhaus ist eigentlich das teuerste Wohnen überhaupt. Das kann man aber im kaufmännischen Sinne auch auf eine Wohnungsbaugesellschaft übertragen. Man hat viele Außenflächen und eine große Gartenanlage. Wieso beschäftigt sich die gewog mit solchen Einfamilienhäusern? Ich vermute, dass die wahrscheinlich aus altem DDR-Bestand sind. Warum werden die nicht abgestoßen? Mit den Erlösen könnte sich die gewog im Geschosswohnungsbau einbringen, was viel lukrativer ist.

Frau Schmidt, Geschäftsführerin der gewog

Bei dem Haus im „Wiesenrain“ handelt es sich um ein Vierfamilienhaus in einem relativ guten Sanierungszustand. Das Haus im „Heidefeld“ ist ein Zweifamilienhaus. Wenn Objekte, Zwei- oder Dreifamilienhäuser, freigezogen werden wird überlegt, ob es lohnt eine Sanierung durchzuführen oder ob das Objekt abgestoßen wird. Einfamilienhäuser, die in einem schlechten Sanierungszustand sind, sind schon und werden auch in Zukunft von der Gesellschaft verkauft, um die Erlöse für Neubauvorhaben zu verwenden. Bei diesen beiden Objekten, insbesondere im „Wiesenrain“, war nur noch die Erdgeschosswohnung zu sanieren, nachdem eine 98jährige Mieterin ausgezogen war. Die anderen drei Wohnungen waren bereits saniert. Es ließ sich wirtschaftlich gut darstellen und zu einer angemessenen Miete weitervermieten. Das gleiche beim Haus im „Heidefeld“. Wir haben lange überlegt, ob das Haus nicht verkauft werden sollte. Es zeichnete sich nicht unbedingt ab, dass die liquiden Mittel zum Zeitpunkt des Sanierungsbeschlusses Anfang 2017 benötigt werden. Ansonsten wird natürlich jedes Objekt einzeln betrachtet. Sie haben die liquiden Mittel gesehen, das Objekt in der „Förster-Funke-Allee“ wird natürlich auch Eigenkapital brauchen.

Herr Gutheins, Vorsitzender der Fraktion FDP

Auch wenn liquide Mittel im Augenblick nicht gebraucht werden, stellt es ja kein Problem dar, die liquiden Mittel weiter aufzubauen, indem man solche Objekte abstößt. Auch wenn sie mit der Sanierung rechnen, halte ich es für sinnvoller, das Kapital im Geschosswohnungsbau anzusetzen. Das ist die eigentliche Aufgabe der gewog und nicht, preiswert Zwei- und Dreifamilienhäuser für die Bevölkerung vorzuhalten.

Bürgermeister Herr Grubert

Herr Gutheins, zum einen ist das eine Entscheidung des Aufsichtsrats, ob das Objekt saniert wird. Eine zweite wesentliche Prägung neben der Wirtschaftlichkeit z. B. beim Zweifamilienhaus ist, wenn eine Mietpartei auszieht und man würde das Haus dann verkaufen, wäre die andere Mietpartei in dem Haus nicht mehr geschützt. Seit 1991 haben wir die Maxime, dass nichts verkauft wird im Zwei- oder Mehrfamilienbereich, was nicht vollständig leergezogen ist, um die Mieter zu schützen. Diesen Leitsatz haben wir Anfang der 90er Jahre aufgestellt und er hat sich in der gesamten Restitutionsproblematik bewährt und dem wir auch in Zukunft weiter folgen wollen. Wenn Einfamilienhäuser leergezogen sind, werden sie auch verkauft.

Herr Hahn, Fraktion B 90/Grüne

Vielen Dank für Ihren ausführlichen Bericht. Ich konnte sehr gut folgen. Eine Frage habe ich zu den erwarteten Mietsteigerungen. Die eine Zahl, die Sie für das Jahr 2017 genannt hatten, war 6,41 Euro/m² und für das Jahr 2018 dann 6,90 Euro/m². Das ist eine Steigerung um ca. 7,5 Prozent Steigerung. Dann haben Sie diese Prognose vorgestellt bis zum Jahr 2023. Bis zum Jahr 2023 wird insgesamt, also über die nächsten vier Jahre, erwartet, dass die Mieten nur um 6 Prozent steigen. Auf welchem Modell beruht das, wegen der Diskrepanz zur tatsächlichen Steigerung im letzten Jahr?

Frau Schmidt, Geschäftsführerin der gewog

Die Steigerung von 2017 zu 2018, also die 6,41 Euro/m², beruht ausschließlich auf dem Ankauf des Wohnparks Saarmund. Im Jahr 2018 waren es ja noch sechs Monate, die als Mieterträge verbucht werden können und die Ganzjahresauswirkung jetzt in 2019. Im Jahr 2019 kommen die Mieten von Michendorf als neuen Gesellschafter

dazu, dass sind dann nochmal 300.000,00 Euro. Die anderen Steigerungen sind alles Mieterhöhungen, die auf Grund der zugeführten Neubaumieten die Netto-Soll-Mieten erhöhen. Mieterhöhungen sind nicht geplant, sondern ausschließlich Mietersteigerungen auf Grund der Neubauten.

Herr Steinacker, Fraktion BIK

1. Sie schreiben, dass die Vermietung von Wohnungen überhaupt kein Problem ist. Das ist vollkommen nachvollziehbar. Stichtagbezogen sagten Sie 0,7 Prozent Leerstand. Können Sie das etwas spezifizieren? Sie schreiben, Nachfragen kommen sowohl aus dem Ort und als auch aus dem Umland. Wieviel kommt an Nachfragen aus dem Ort, wieviel aus den Nachbarkommunen und wieviel von ganz woanders her?
2. Was ich persönlich auch erlebt habe, bei einer Anfrage wegen einer Wohnung für Geflüchtete. Da hieß es, dass das sehr schwer ist und man auf eine Liste kommt. Gibt es diese Listen noch? Ansonsten wurden wir wegen der Überanfrage an die Nachbarkommunen verwiesen.

Frau Schmidt, Geschäftsführerin der gewog

Zu 1.

Zu 50 Prozent kommen die Nachfragen aus dem Ort. Dabei handelt es sich um Umzugsinteressenten, die aus ihren Häusern in unseren Geschosswohnungsbau zum barrierefreien Wohnen möchten. Von den anderen 50 Prozent kommt die Hälfte aus den Nachbarkommunen. Die wenigsten Nachfragen kommen aus weiteren Bereichen, meist sind es Kinder bzw. Eltern, die wieder in den Heimatort zurückwollen oder Nachfragen auf Grund eines Arbeitsplatzwechsels.

Zu 2.

Der Aufsichtsrat hat sich vor drei Jahren darauf verständigt, dass wir bei geflüchteten Familien, die integriert werden, Unterstützung leisten. Wer eine dreijährige Aufenthaltserlaubnis mit Aussicht auf Verlängerung hat, kann selbstverständlich bei uns Wohnraum anmieten. Man kann sich bewerben, kommt auf eine Interessentenliste, die nach Dringlichkeit und Wichtigkeit sortiert ist, damit die sozialen Aspekte und nicht die Dauer der Wartezeit eine Rolle spielen, d. h. nicht wer lange wartet, bekommt zwingend eine Wohnung. Ansonsten ist es oft so, dass die Geflüchteten auf Grund keines oder geringen Einkommens für den sozialen Wohnungsbau einen Wohnberechtigungsschein, der über die Kommunen läuft, beantragen und dann benannt werden.

Frau Schwarzkopf, Fraktion B 90/Grüne

Ich wollte noch ergänzen. Die gewog war ja bis 2009 eine gemeinnützige Gesellschaft und ist dann zur gemeindlichen Gesellschaft umfirmiert worden. Das hatte auch steuerliche Gründe und es ist natürlich unsere Haltung als Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, dass wir das auch gerne mit diesem Vorzeichen sehen wollen und auch dementsprechend die Wohnungen vergeben und auch die Wohnungen und Häuser, wie es Frau Schmidt schon ausgeführt hat, halten.

Herr Templin, Vorsitzender der Fraktion BIK

Vielen Dank, der Bericht ist immer sehr informativ. Ich habe zwei Fragen.

1. Sie hatten früher mal gesagt, dass Sie jedes Bauvorhaben separat kalkulieren. Mit welcher Miethöhe ist bei dem Neubauprojekt in der Förster-Funke-Allee zu rechnen?
2. Die zweite Frage bezieht sich auf das Bauvorhaben Stahnsdorfer Damm, für das

es ja einen Bebauungsplan gibt. Darüber schreiben Sie noch nichts, sind aber vorgesehen als Träger dieser Maßnahme. Sind schon Überlegungen angestellt worden, was den Kosteneinsatz betrifft?

Frau Schmidt, Geschäftsführerin der gewog

Zu 1.

Bei jedem Bauvorhaben wird eine Wirtschaftlichkeitsberechnung aufgestellt. Der Grundsatz ist, dass sich jedes Objekt aus sich heraus trägt. Wenn es anders sein sollte, ist es eine Entscheidung des Aufsichtsrates, ob eine Querfinanzierung stattfinden muss. Das Bauvorhaben Förster-Funke-Allee ist, auf Grund des Bodenpreises und der massiv gestiegenen Baukosten, kalkuliert mit 11,00 Euro/m² Kaltmiete, weil wir auch mit einer Tiefgarage rechnen. Das ist hoch kalkuliert aber wir hoffen, dass sich die Baukosten am Markt noch etwas entspannen. Bei dem Bauvorhaben in Nuthetal haben wir es gerade gesehen, da sind wir bei 9,50 Euro/m². Aber auch die mögliche Zinsentwicklung in zwei Jahren kann sich verschlechtern. Bevor man eine Zahl veröffentlicht, sollte sie halbwegs sicher sein.

Zu 2.

Deshalb kann ich zum Bauvorhaben am Stahnsdorfer Damm noch nichts sagen. Eine Wirtschaftlichkeitsberechnung ist nicht vorhanden, weil die Bodenpreise noch nicht bekannt sind. Wenn wir nach Rechtskraft des Bebauungsplanes in Gesprächen sind, kann man letztendlich mal eine Berechnung anstellen, wie sich die Mieten dort entwickeln.

TOP 9	Kommunalwahl 2019
--------------	--------------------------

TOP 9.1	Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zur Gemeindevertretung am 26. Mai 2019	DS-Nr. 091/19
----------------	---	----------------------

Einwendungen gegen die Wahl der Gemeindevertretung am 26. Mai 2019 liegen nicht vor.

Die Wahl am 26. Mai 2019 ist gültig.

- Erläuterungen zur Beschlussvorlage durch den Wahlleiter, Herrn Piecha.

An der Aussprache zur DS-Nr. 091/19 beteiligen sich:

Eine Aussprache findet nicht statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 091/19:

Die DS-Nr. 091/19 wird einstimmig beschlossen.

TOP 10	Gesellschafterangelegenheiten
---------------	--------------------------------------

TOP 10.1	Gemeindliche Wohnungsgesellschaft Kleinmachnow mbH Jahresabschluss 2018	DS-Nr. 093/19
-----------------	--	----------------------

Der Jahresabschluss der Gemeindlichen Wohnungsgesellschaft Kleinmachnow mbH zum 31. Dezember 2018 in der Fassung vom 22. März 2019 wird festgestellt.

Anlage
Jahresabschluss 2018

- Erläuterungen zur Beschlussvorlage durch den Bürgermeister, Herrn Grubert.

An der Aussprache zur DS-Nr. 093/19 beteiligen sich:

Eine Aussprache findet nicht statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 093/19:

Die DS-Nr. 093/19 wird einstimmig beschlossen.

TOP 10.2	Gemeindliche Wohnungsgesellschaft Kleinmachnow mbH Verwendung des Ergebnisses 2018	DS-Nr. 094/19
-----------------	---	----------------------

Der Jahresüberschuss in Höhe von 343.544,00 Euro ist in andere Gewinnrücklagen einzustellen.

- Erläuterungen zur Beschlussvorlage durch den Bürgermeister, Herrn Grubert.

An der Aussprache zur DS-Nr. 094/19 beteiligen sich:

Eine Aussprache findet nicht statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 094/19:

Die DS-Nr. 094/19 wird einstimmig beschlossen.

TOP 10.3	Gemeindliche Wohnungsgesellschaft Kleinmachnow mbH Entlastung der Geschäftsführerin für das Geschäftsjahr 2018	DS-Nr. 095/19
-----------------	---	----------------------

Der Geschäftsführerin der Gemeindlichen Wohnungsgesellschaft Kleinmachnow mbH, Frau Katja Schmidt, wird für den Zeitraum vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2018 auf der Grundlage des vorgelegten Jahresabschlusses 2018, für das Geschäftsjahr 2018, Entlastung erteilt.

An der Aussprache zur DS-Nr. 095/19 beteiligen sich:

Eine Aussprache findet nicht statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 095/19:

Die DS-Nr. 095/19 wird einstimmig beschlossen.

TOP 10.4	Gemeindliche Wohnungsgesellschaft Kleinmachnow mbH Bericht des Vorsitzenden des Aufsichtsrates und Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2018	DS-Nr. 096/19
-----------------	--	----------------------

Der vorgelegte Bericht des Vorsitzenden des Aufsichtsrates vom 21. Mai 2019 über die Arbeit des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2018 wird bestätigt.

Dem Aufsichtsrat der Gemeindlichen Wohnungsgesellschaft Kleinmachnow mbH:
- Herrn M. Tauscher (Vorsitzender), Herrn K.-J. Warnick (stellvertretender Vorsitzender), Herrn M. Grubert, Frau A. Schwarzkopf, Herrn B. Bültermann, Herrn J. Christall, Frau Dr. U. Bastians-Osthaus, Herrn E. Prost, Frau R. Lepping-Spliesgart und Herrn J. Ernsting

wird für den Zeitraum 01.01.2018 bis 31.12.2018 Entlastung erteilt.

Anlage
Bericht

- Auf Grund § 22 BbgKVerf nehmen Frau Dr. Bastians-Osthaus, Frau Schwarzkopf, Herr Warnick, Herr Bültermann und Herr Grubert nicht an der Aussprache und Abstimmung zur DS-Nr. 096/19 teil.

An der Aussprache zur DS-Nr. 096/19 beteiligen sich:

Eine Aussprache findet nicht statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 096/19:

Die DS-Nr. 096/19 wird einstimmig beschlossen.

**TOP 10.5 Gemeindliche Wohnungsgesellschaft Kleinmachnow mbH Wirtschaftspl
an 2020 nach Eigenbetriebsverordnung**

DS-Nr. 097/19

Der Wirtschaftsplan der Gemeindlichen Wohnungsgesellschaft Kleinmachnow mbH für das Geschäftsjahr 2020, in der Fassung vom 22. März 2019 nach Eigenbetriebsverordnung, wird festgestellt.

Anlage
Wirtschaftsplan 2020

- Erläuterungen zur Beschlussvorlage durch den Bürgermeister, Herrn Grubert.

An der Aussprache zur DS-Nr. 097/19 beteiligen sich:

Eine Aussprache findet nicht statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 097/19:

Die DS-Nr. 097/19 wird einstimmig beschlossen.

TOP 11 Grundstücksangelegenheiten

TOP 11.1 Genehmigung eines Grundstückkaufvertrages zwischen der P + E und der Gesellschaft für Raumentwicklung 4U mbH im Entwicklungsgebiet „Wohnen und Arbeiten“, hier: KLM-BP-006-c-3 „TIW-Gebiet“

DS-Nr. 092/19

Der Grundstückskaufvertrag zur UR-Nr. S 309/2019 vom 28.05.2019, geschlossen vor dem Notar Alexander Schröter, Knesebeckstraße 59-61, 10719 Berlin, zum noch nicht vermessenden Grundstück Fahrenheitstraße, mit einer Größe von insgesamt ca. 55.989 m², gelegen in der Gemarkung Kleinmachnow, Flur 1, Flurstück 4509 zwischen der Technologie- und Verkehrsgewerbegebiet Dreilinden und Entwicklungsgesellschaft mbH Kleinmachnow (P&E) und der Gesellschaft für Raumentwicklung 4U mbH wird genehmigt.

- Erläuterungen zur Beschlussvorlage durch den Bürgermeister, Herrn Grubert.

An der Aussprache zur DS-Nr. 092/19 beteiligen sich:

Eine Aussprache findet nicht statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 092/19:

Die DS-Nr. 092/19 wird einstimmig beschlossen.

TOP 12 Satzungen und Beschlüsse nach BauGB/BauO, Bauangelegenheiten

TOP 12.1 Abwägung zum Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes KLM-BP-035 "südwestlich Buschgrabensee" für einzelne Grundstücke nördlich Wolfswerder und für Einfriedungen (Abwägungsbeschluss) DS-Nr. 098/19

1. Die Stellungnahmen, die im Rahmen der förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden/sonstigen Träger öffentlicher Belange zu dem Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes KLM-BP-035 „südwestlich Buschgrabensee“ eingegangen sind, wurden geprüft. Das Ergebnis ist in den Anlagen 2 und 3 dargestellt.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Bürger und Behörden/sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Stellungnahmen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis in Kenntnis zu setzen. Dabei sind die Gründe anzugeben, die zu dem Abwägungsergebnis führten.

Anlagen

- Abgrenzung Geltungsbereich 2. Änderung KLM-BP-035 „südwestlich Buschgrabensee“

Abwägungsmaterialien:

- Beteiligung der Öffentlichkeit
- Beteiligung der Behörden/sonstigen Träger öffentlicher Belange

- Erläuterungen zur Beschlussvorlage durch den Fachbereichsleiter Bauen/Wohnen, Herrn Ernsting.

An der Aussprache zur DS-Nr. 098/19 beteiligen sich:

Eine Aussprache findet nicht statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 098/19:

Die DS-Nr. 098/19 wird einstimmig beschlossen.

TOP 12.2 Satzungsbeschluss über die 2. Änderung des Bebauungsplanes KLM-BP-035 "südwestlich Buschgrabensee" für einzelne Grundstücke nördlich Wolfswerder und für Einfriedungen DS-Nr. 099/19

1. Die Gemeindevertretung beschließt für das in Anlage 1 gekennzeichnete Gebiet entsprechend dem heute beschlossenen Abwägungsergebnis, gemäß § 10 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634) - BauGB, die 2. Änderung des Bebauungsplanes KLM-BP-035 „südwestlich Buschgrabensee“ für einzelne Grundstücke nördlich Wolfswerder und für Einfriedungen (Textbebauungsplan) (vgl. Anlage 2) als Satzung.
2. Die Begründung i. d. F. vom 04.07.2019 wird gebilligt.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt, diesen Beschluss sowie die Angaben darüber, an welchem Ort und zu welchen Zeiten der Plan mit der Begründung von jedermann auf Dauer eingesehen und Auskunft über seinen Inhalt verlangt werden kann, ortsüblich bekannt zu machen.

Anlagen

- Abgrenzung des Geltungsbereiches der 2. Änderung des Bebauungsplanes KLM-BP-035 „südwestlich Buschgrabensee“
- Textbebauungsplan 2. Änderung KLM-BP-035 „südwestlich Buschgrabensee“, Stand: 04.07.2019
- Begründung zur 2. Änderung KLM-BP-035 „südwestlich Buschgrabensee“, Stand: 04.07.2019

An der Aussprache zur DS-Nr. 099/19 beteiligen sich:

Eine Aussprache findet nicht statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 099/19:

Die DS-Nr. 099/19 wird einstimmig beschlossen.

TOP 12.3	Straßenschildreiter Förster-Funke-Allee	DS-Nr. 080/19/1
-----------------	--	------------------------

Der Bürgermeister wird beauftragt, bis zum 100. Jubiläum der 1. Sitzung der Gemeindevertretung im April 2020 sogenannte Straßenschildreiter an der Förster-Funke-Allee mit folgendem Text anbringen zu lassen:

Heinrich Funke (1867 – 1937)
Förster, Gutsvorsteher
1920 - 1932 Erster Gemeindevorsteher von Klein-Machnow
Ehrenbürger

Anlage
Karte

- Erläuterungen zur Beschlussvorlage durch den Bürgermeister, Herrn Grubert.

An der Aussprache zur DS-Nr. 080/19/1 beteiligen sich:

Eine Aussprache findet nicht statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 080/19/1:

Die DS-Nr. 080/19/1 wird einstimmig beschlossen.

10 Minuten Pause von 20:00 Uhr bis 20:10 Uhr

TOP 13 Zweckverband Bauhof

**TOP 13.1 Gründung eines gemeinsamen Zweckverbands Bauhof durch die DS-Nr. 109/19
Stadt Teltow, die Gemeinde Kleinmachnow und die Gemeinde
Stahnsdorf (Bauhof TKS) hier: Erfüllung der Maßgaben der Kommu-
nalaufsicht zur Verbandssatzung**

1. Die Gemeindevertretung der Gemeinde Kleinmachnow nimmt die Anpassungen der Verbandssatzung des Zweckverbandes ‚Bauhof TKS‘ infolge der Abstimmung mit der Unteren Kommunalaufsichtsbehörde gemäß der in Anlage 1 enthaltenen Gegenüberstellung zur Kenntnis.
2. Die Anpassungen und die Verbandssatzung des Zweckverbandes ‚Bauhof TKS‘ in der in Anlage 2 beigefügten Fassung werden beschlossen.
3. Die Gründungsvereinbarung des Zweckverbandes ‚Bauhof TKS‘ wird in der gemäß der als Anlage 3 beigefügten Fassung bestätigt.

Anlagen

Anlage 1 - Gegenüberstellung der Satzungstexte

Anlage 2 – Verbandssatzung in der genehmigungsfähigen Fassung

Anlage 3 – Gründungsvereinbarung

Anlage 4 – Schreiben der Kommunalaufsicht vom 2. August 2018

Geschäftsordnungsantrag von Frau Dr. Bastians-Osthaus – Verweisung in den Bauausschuss und in den Werksausschuss Bauhof

Der Bürgermeister, Herr Grubert, spricht gegen den Geschäftsordnungsantrag.

An der Aussprache zur DS-Nr. 109/19 beteiligen sich:

Bürgermeister Herr Grubert

Herr Gutheins

Herr Warnick

Frau Dr. Bastians-Osthaus

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag:

Der Geschäftsordnungsantrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmung zur DS-Nr. 109/19:

Die DS-Nr. 109/19 wird mehrheitlich beschlossen.

TOP 14 Brandenburgisches Standarderprobungsgesetz

TOP 14.1 Brandenburgisches Standarderprobungsgesetz - Weiterführung der Wahrnehmung der Zuständigkeiten als Straßenverkehrsbehörde DS-Nr. 033/19

Die Gemeindevertretung beschließt gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 14 BbgKVerf die weitere Wahrnehmung der ihr auf Grundlage von § 5 Abs. 2 des Brandenburgischen Standarderprobungsgesetzes (BbgStEG) in der bis zum 31.08.2011 geltenden Fassung übertragenen Zuständigkeiten als Straßenverkehrsbehörde. Die Zuständigkeit soll über den 31.12.2019 hinaus, bis zum 01.09.2021 verlängert werden.

Der Bürgermeister wird beauftragt, gemäß § 8a Abs. 4 BbgStEG vom 28.06.2006 (GVBl. I/06, [Nr. 07] S. 74), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Zweiten Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit vom 19.06.2019 (GVBl I/19 [Nr.38] S. 4) einen entsprechenden Antrag an das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung zu richten.

Anlage

- Auszug Zweites Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit

- Erläuterungen zur Beschlussvorlage durch die Fachbereichsleiterin Öffentliche Sicherheit/Recht/Ordnung, Frau Leibner.

An der Aussprache zur DS-Nr. 033/19 beteiligen sich:

Eine Aussprache findet nicht statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 033/19:

Die DS-Nr. 033/19 wird einstimmig beschlossen.

TOP 15 Satzungen

TOP 15.1 Satzung über die Aufwandsentschädigung für die ehrenamtlichen Mitglieder der Schiedsstelle der Gemeinde Kleinmachnow DS-Nr. 088/19

Die anliegende Satzung über die Gewährung einer Entschädigung für die ehrenamtlichen Schiedspersonen der Gemeinde Kleinmachnow wird beschlossen.

Anlage
Satzung

- Erläuterungen zur Beschlussvorlage durch die Fachbereichsleiterin Öffentliche Sicherheit/Recht/Ordnung, Frau Leißner.

An der Aussprache zur DS-Nr. 088/19 beteiligen sich:

Eine Aussprache findet nicht statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 088/19:

Die DS-Nr. 088/19 wird einstimmig beschlossen.

TOP 15.2	1. Änderung der Satzung zur Regelung des Parkens und Haltens auf Grünflächenüberfahrten in der Gemeinde Kleinmachnow	DS-Nr. 089/19
-----------------	---	----------------------

Die Gemeindevertretung beschließt die anliegende 1. Änderung der Satzung zur Regelung des Parkens und Haltens auf Grünflächenüberfahrten in der Gemeinde Kleinmachnow.

Anlage

Maßgabe des Hauptausschusses

Das Parken und Halten auf den Grünflächenüberfahrten der Straße „Zehlendorfer Damm“ ist ohne Genehmigung gestattet.

- Erläuterungen zur Beschlussvorlage mit Maßgabe durch den Bürgermeister, Herrn Grubert.

An der Aussprache zur DS-Nr. 089/19 mit Maßgabe beteiligen sich:

Herr Templin
Herr Warnick
Frau Sahlmann
Frau Pichl

Änderungsantrag der Fraktion B 90/Grüne

In § 2 Absatz 5 wird das Wort „während“ der Bauarbeiten in „wegen“ der Bauarbeiten geändert und nach dem Wort Thomas-Müntzer-Damm wird das Datum „vom 01.10.2019“ eingefügt.

An der Aussprache zur DS-Nr. 089/19 mit Änderungsantrag beteiligen sich:

Bürgermeister, Herr Grubert
Herr Templin
Herr Warnick
Herr Steinacker
Frau Dr. Bastians-Osthaus
Frau Sahlmann
Herr Dr. Braun

Abstimmung zum Änderungsantrag:

Der Änderungsantrag wird mehrheitlich angenommen.

Abstimmung zur geänderten DS-Nr. 089/19:

Die geänderte DS-Nr. 089/19 wird einstimmig beschlossen.

TOP 16 Auftragsvergaben**TOP 16.1 Auftragsvergabe für die Lieferung eines Mittleren Löschfahrzeuges (MLF) für die Feuerwehr Kleinmachnow DS-Nr. 103/19**

Die Auftragserteilung zur Lieferung eines Mittleren Löschfahrzeuges (MLF), aufgeteilt in drei Lose, wird an folgende drei Bieter beschlossen:

LOS 1 Fahrgestell:

MAN Truck & Bus Deutschland GmbH
Vertriebsregion Ost
Nonnendammallee 1, 13599 Berlin
Auftragssumme: 77.826,00 Euro (brutto)

LOS 2 Feuerwehrtechnischer Aufbau (Gerätekoffer):

Schlingmann GmbH & Co. KG
Dieckmannstraße 45, 49201 Dissen
Auftragssumme: 130.506,11 Euro (brutto)

LOS 3 Feuerwehrtechnische Beladung:

BTL Brandschutz Technik GmbH Leipzig
Druckereistraße 11, 04159 Leipzig
Auftragssumme: 36.870,96 Euro (brutto)

- Erläuterungen zur Beschlussvorlage durch die Fachbereichsleiterin Öffentliche Sicherheit/Recht/Ordnung, Frau Leibner.

An der Aussprache zur DS-Nr. 103/19 beteiligen sich:

Herr Steinacker
Herr Krüger

Abstimmung zur DS-Nr. 103/19:

Die DS-Nr. 103/19 wird einstimmig beschlossen.

TOP 17 Anträge

TOP 17.1 Anträge zur Besetzung von Ausschüssen

TOP 17.1.1 Berufung von sachkundigen Einwohnern der FDP-Fraktion in die Ausschüsse DS-Nr. 100/19

Die FDP-Fraktion beantragt mit sofortiger Wirkung die Berufung sachkundiger Einwohnerinnen/sachkundiger Einwohner wie folgt:

Bauausschuss

Herrn Ronald Priebe, Am Kirschfeld 10a

Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Ordnungsangelegenheiten

Herrn Dr. Wolf Osthaus, Im Tal 30

Ausschuss für Schule, Kultur und Soziales

Frau Dr. Kathleen Klotchkov, Am Wall 6

Finanzausschuss

Herrn Heiko Harmsen, Lerchenschlag 7

An der Aussprache zur DS-Nr. 100/19 beteiligen sich:

Eine Aussprache findet nicht statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 100/19:

Die DS-Nr. 100/19 wird einstimmig beschlossen.

TOP 17.1.2 Berufung von sachkundigen Einwohnern der Fraktion SPD/DIE LINKE/PRO in die Ausschüsse DS-Nr. 101/19

Die Fraktion SPD/DIE LINKE/PRO beantragt mit sofortiger Wirkung die Berufung sachkundiger Einwohnerinnen/sachkundiger Einwohner wie folgt:

Bauausschuss

Herrn Prof. Dr. Ingo Sommer, An der Schneise 6

Herrn Jörg Wolschon, Krumme Gehren 9

Herrn Carsten Fischer, Feldfichten 63

Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Ordnungsangelegenheiten

Herrn Dennis Göring, Karl-Marx-Straße 12

Herrn Manfred Gerloff, Steinweg 44

Herr Matthias Köber, Zehlendorfer Damm 108

Ausschuss für Schule, Kultur und Soziales

Herr Andreas Büttner, Winzerweg 6

Herr Lutz Binneboese, Schleusenweg 66

Herr Andreas Schramm, Wacholderweg 19

Finanzausschuss

Frau Silke Medczinski, Förster-Funke-Allee 90

Herr Knut Kleemann, Heidefeld 1

Herr Dr. Christian Zehner, Feldfichten 25

An der Aussprache zur DS-Nr. 101/19 beteiligen sich:

Eine Aussprache findet nicht statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 101/19:

Die DS-Nr. 101/19 wird einstimmig beschlossen.

TOP 17.1.3	Berufung von sachkundigen Einwohnern der Fraktion BIK in die Ausschüsse	DS-Nr. 102/19
-------------------	--	----------------------

Die Fraktion BIK beantragt mit sofortiger Wirkung die Berufung sachkundiger Einwohnerinnen/sachkundiger Einwohner wie folgt:

Bauausschuss

Frau Katharina Storch, Kiefernweg 36

Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Ordnungsangelegenheiten

Herr Peter Weis, Mittebruch 2

Ausschuss für Schule, Kultur und Soziales

Herr Volker Oppmann, Johannistisch 26

Finanzausschuss

NN

An der Aussprache zur DS-Nr. 102/19 beteiligen sich:

Eine Aussprache findet nicht statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 102/19:

Die DS-Nr. 102/19 wird einstimmig beschlossen.

TOP 17.1.4	Berufung von sachkundigen Einwohnern der CDU-Fraktion in die Ausschüsse	DS-Nr. 106/19
-------------------	--	----------------------

Die CDU-Fraktion beantragt mit sofortiger Wirkung die Berufung sachkundiger Einwohnerinnen/sachkundiger Einwohner wie folgt:

Bauausschuss

Frau Dr. Anna Maria Fischbach, Kuckuckswald 5
Herr Markus Hurnik, Zum Wetterhäuschen 10

Ausschuss für Schule, Kultur und Soziales

Frau Carolin Hilker-Möll, Oberberg 16
Herr Wolfgang Nieter, Heidereiterweg 47

Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Ordnungsangelegenheiten

Herr Johannes Schultz, Im Tal 35
Herr Bodo Krause, Märkische Heide 100

Finanzausschuss

Herr Marc Feiertag, Ernst-Thälmann-Straße 71
Herr Dr. Martin Vosseler, Blachfeld 3a

An der Aussprache zur DS-Nr. 106/19 beteiligen sich:

Eine Aussprache findet nicht statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 106/19:

Die DS-Nr. 106/19 wird einstimmig beschlossen.

TOP 17.1.5	Berufung von sachkundigen Einwohnern der Fraktion B 90/Grüne in die Ausschüsse	DS-Nr. 107/19
-------------------	---	----------------------

Die Fraktion B 90/Grüne beantragt mit sofortiger Wirkung die Berufung sachkundiger Einwohnerinnen/sachkundiger Einwohner wie folgt:

Bauausschuss

Frau Kirsten Gebhardt-Feiler, Ginsterheide 29
Herr Peter Sahlmann, Kuckuckswald 37

Ausschuss für Schule, Kultur und Soziales

Herr Michael Martens, Ernst-Thälmann-Straße 60e
Herr Amin Dabbagh, Kuckuckswald 7

Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Ordnungsangelegenheiten

Frau Johanna Tesch, Leite 63
Herr Michael Martens, Ernst-Thälmann-Straße 60e

Finanzausschuss

Frau Sabine Arras, Zehlendorfer Damm 47
Herr Norbert Schellberg, Feldfichten 37

An der Aussprache zur DS-Nr. 107/19 beteiligen sich:

Eine Aussprache findet nicht statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 107/19:

Die DS-Nr. 107/19 wird einstimmig beschlossen.

TOP 17.2 Sonstige Anträge

**TOP 17.2.1 Grundsteuerbremse - Aufkommensneutralität der Grundsteuer gan- DS-Nr. 064/19/1
ranzieren - gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und FDP**

Die Gemeindevertretung beschließt, die Grundsteuerreform aufkommensneutral umzusetzen. Dazu sollen zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Reform die Grundsteuererhebungsbesätze in der Weise angepasst werden, dass, bezogen auf das gesamte Grundsteueraufkommen der Gemeinde, die Aufkommenseffekte aus der Reform (Erhöhung der Steuermessbeträge) insgesamt ausgeglichen werden.

- Erläuterungen zum Antrag durch Herrn Gutheins und Frau Dr. Bastians-Osthaus.

An der Aussprache zur DS-Nr. 064/19/1 beteiligen sich:

Herr Dr. Braun
Frau Dr. Bastians-Osthaus

Abstimmung zur DS-Nr. 064/19/1:

Die DS-Nr. 064/19/1 wird einstimmig beschlossen.

**TOP 17.2.2 Wohnortnahe Ersatzflächen bei Waldumwandlung im Zusammen- DS-Nr. 071/19
hang mit Baugenehmigungen - Antrag der Fraktion BIK**

Der Bürgermeister wird beauftragt, für künftig im Zusammenhang mit Bauvorhaben auf kommunalen Flächen bzw. Flächen der P&E GmbH erforderliche Waldumwandlungen Kompensationsflächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in einem Radius von 10 Kilometern um Kleinmachnow zu erfassen und für Ersatzpflanzungen vorzusehen.

Dabei sind auch sich im privaten Eigentum befindliche Flächen in Betracht zu ziehen.

Anlage

- Erläuterungen zum Antrag durch Herrn Templin.

An der Aussprache zur DS-Nr. 071/19 beteiligt sich:

Herr Warnick

Abstimmung zur DS-Nr. 071/19:

Die DS-Nr. 071/19 wird mehrheitlich abgelehnt.

TOP 17.2.3	Wirksam gegen Vandalismus und Ruhestörungen vorgehen - Antrag der CDU-Fraktion
-------------------	---

DS-Nr. 111/19

Die Gemeinde Kleinmachnow beauftragt schnellstmöglich zwei Wachschrützer mit der Kontrolle des Gemeindegebietes, insbesondere der besonders vandalismusgefährdeten Gebiete im Bereich des Rathausmarktes und der JFE CARAT.

Der Bürgermeister entwickelt im Rahmen eines koordinierten Vorgehens mit der Polizei, dem Ordnungsamt, den Jugendsozialarbeitern und den Schulen sowie weiterer möglicher Ansprechpartner eine Strategie mit verbindlichen Absprachen, wie Ordnungswidrigkeiten und Straftaten effektiv verringert werden können, um ein friedliches Zusammenleben in Kleinmachnow zu gewährleisten.

- Erläuterungen zum Antrag durch Frau Dr. Bastians-Osthaus.

An der Aussprache zur DS-Nr. 111/19 beteiligen sich:

Bürgermeister Herr Grubert

Herr Hahn

Herr Warnick

Herr Steinacker

Herr Templin

Änderungsantrag durch die einreichende Fraktion – Der erste Absatz des Antrages wird gestrichen.

Abstimmung zur geänderten DS-Nr. 111/19:

Die geänderte DS-Nr. 111/19 wird mehrheitlich abgelehnt.

TOP 17.2.4	Nachhaltiger Klimaschutz vor Ort - Antrag der CDU-Fraktion
-------------------	---

DS-Nr. 112/19

Beschlussvorschlag und Agenda der neuen Gemeindevertretung

1. Die Gemeindevertretung der Gemeinde Kleinmachnow stellt fest, dass Klimaschutz nicht nur eine globale Gemeinschaftsaufgabe ist, sondern ein Engage-

- ment aller Ebenen in Deutschland erfordert. Unser Ziel ist es, Nachhaltigkeit als übergeordnetes Handlungsprinzip auch im Klimaschutz umzusetzen, damit die natürliche Regenerationsfähigkeit der Umwelt erhalten bleibt.
2. Die Gemeindevertretung erkennt an, dass die Eindämmung des anthropogenen Klimawandels auch in der örtlichen Politik eine hohe Priorität besitzt und bei kommunalen Entscheidungen mit zu beachten ist.
 3. Der Bürgermeister wird aufgefordert, unter Beteiligung der Bürgerschaft Kleinmachnows einen Diskussionsprozess durchzuführen, um die Ideen der Zivilgesellschaft für den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung aufzunehmen.
 4. Der Bürgermeister wird beauftragt, erneut an die Anbieter von Carsharing-Diensten heranzutreten, um zumindest ein stationsgebundenes Angebot von Carsharing im Bereich des Rathausmarktes zu etablieren.
 5. Es bedarf sicherer Schulwege, um „Elterntaxifahrten“ zu vermeiden. Hierzu wird der Bürgermeister erneut aufgefordert, die in den Schulwegplänen seit Jahren gesondert gekennzeichneten Gefahrenstellen endlich zu beseitigen.
 6. Die Anbindung Kleinmachnows an den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) muss verbessert werden. Hierzu gehören attraktivere Busverbindungen, die Verlängerung der S-Bahn von Teltow nach Stahnsdorf und ggf. die Wiederinbetriebnahme der Stammbahn ausschließlich als S-Bahn.
 7. Bei Neuausschreibungen des Schulessens ist auf regionale Anbieter mit einem hohen Anteil an regionalen Produkten, bevorzugt in Bio-Qualität, zurückzugreifen.
 8. Öffentliche Gebäude sind mit Technik zur Nutzung von erneuerbaren Energien (z. B. Photovoltaik oder Solarthermie) auszustatten, sofern nicht zwingende bauliche Gründe gegen die Anbringung entsprechender Anlagen sprechen und die Wirtschaftlichkeit der Anlagen gewährleistet ist.
 9. Die zukünftige Ortsentwicklung, kommunale Neubauten und Verkehrsplanung haben sich an den Kriterien von behutsamen, ortsverträglichen, bürgerfreundlichen und umweltschonenden Maßstäben zu orientieren.
 10. Das kommunale Gebäudescreening wird fortgesetzt.
 11. Die Gestaltung der Freiflächen ist bienen- und insektenfreundlich zu entwickeln.
 12. Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Strategie für den Umgang mit extremen Wetterereignissen wie Hitze, Trockenheit und Starkregen zu entwickeln.
 13. Der Bürgermeister wird aufgefordert, alle Beauftragungen für Dienstleistungen und Beschaffungen auf ihre Nachhaltigkeit zu überprüfen.

- Erläuterungen zum Antrag durch Frau Dr. Bastians-Osthaus.

An der Aussprache zur DS-Nr. 112/19 beteiligen sich:

Herr Bültermann
Herr Steinacker
Frau Sahlmann

- Der Bürgermeister, Herr Grubert, schlägt vor, an einem Samstag nach den Herbstferien eine Klausurtagung durchzuführen, auf der die drei Anträge zum Klimaschutz diskutiert werden.
- Die Gemeindevertretung stimmt dem Vorschlag zu.
- Der Antrag wird zurückgestellt.

1. Die Lokale Agenda 21 Kleinmachnow, AG Energie und Klimaschutz, wird gebeten, der Gemeindevertretung Kleinmachnow bis zum Jahresende die aus ihrer Sicht fünf wichtigsten Handlungsempfehlungen zu übermitteln, die nachweislich und konkret zu einer Verringerung des CO₂-Ausstosses in Kleinmachnow führen und sofort umsetzbar wären.
2. Die Gemeindevertretung Kleinmachnow verpflichtet sich, diese fünf wichtigsten Punkte in ihren Sitzungen der Fachausschüsse zu beraten, auf ihre reale Machbarkeit und ihre deutliche Wirksamkeit hin zu überprüfen und der Gemeindevertretung als Beschlussvorlage für ihre darauffolgende Sitzung als Handlungsmaxime vorzulegen.
3. Die Gemeindevertretung verpflichtet sich, die Umsetzung der so beschlossenen Maßnahmen durch die Verwaltung mindestens vierteljährlich in ihren Fachausschüssen zu kontrollieren und die Ergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.
4. Der Lokalen Agenda 21 Kleinmachnow, AG Energie und Klimaschutz, wird die Möglichkeit gegeben, in einer Gemeindevertretersitzung im Jahr 2020, die so beschlossenen Maßnahmen in ihrer Durchführung und Wirksamkeit öffentlich zu bewerten und alternativ weitere oder verbesserte konkrete Vorschläge vorzulegen.

➤ Der Antrag wird zurückgestellt.

**TOP 17.2.6 Die Gemeinde Kleinmachnow verpflichtet sich dem Klimaschutz -
Antrag der Fraktion B 90/Grüne**

DS-Nr. 119/19

1. Die Gemeinde Kleinmachnow erkennt an, dass die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen auch auf kommunaler Ebene eine Aufgabe von höchster Priorität ist. Sie wird bei allen zukünftigen Entscheidungen die zu erwartenden Auswirkungen auf das Klima prioritär berücksichtigen, um die Klimakrise und deren Folgen zu begrenzen und möglichst abzuschwächen. Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken und dabei sozial gerecht sind, werden bevorzugt.
2. Der Bürgermeister stellt sicher, dass ab Januar 2020 alle Anträge und Beschlussvorlagen an die Gemeindevertreterversammlung und an den Hauptausschuss auf ihre Auswirkungen hinsichtlich ihrer Klimawirksamkeit geprüft und bewertet werden. Diese Bewertung soll insbesondere bei Ausschreibungsverfahren der Gemeinde Berücksichtigung finden. Auf diese Weise soll ein rechtssicherer und nachvollziehbarer Abwägungsprozess zwischen den Zielen der Wirtschaftlichkeit, des Klima- und Umweltschutzes sowie sozialer Aspekte gewährleistet werden. Werden bei der Bewertung negative Klimaauswirkungen festgestellt, sind mögliche Kompensationsmaßnahmen vorzuschlagen.
3. Zur Realisierung der genannten Ziele auf dem Weg zur klimaneutralen Gemeinde soll die Verwaltung durch eine anerkannte Institution unterstützt werden. Der Bürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche der folgenden Institutionen in Frage kommen und das Prüfergebnis in der nächsten Gemeindevertreterversammlung vorzustellen:
 - Klimabündnis,
 - Deutsche Energieagentur (dena),

- Service- und Kompetenzzentrum Kommunaler Klimaschutz (SK:KK).

Aufgabe der Berater*innen wird es sein, eine IST-Analyse für Kleinmachnow zu erstellen, um daraus Maßnahmen abzuleiten, die dem Ziel "klimaneutrale Kommune bis 2030" zweckdienlich sind und die Verwaltung bei der Umsetzung zu unterstützen. Dieser Maßnahmenkatalog soll alle relevanten Maßnahmen, inklusive der voraussichtlichen Kosten, benötigter personeller und organisatorischer Strukturen, den konkreten Beitrag zum Klimaschutz und die Evaluation beinhalten.

4. Der motorisierte Individualverkehr erzeugt einen erheblichen Teil der vermeidbaren CO₂ Emissionen. Daher muss durch vorrangige Förderung und Ausbau des ÖPNV sowie die vollständige Umsetzung des Masterplans Fahrrad (DS-Nr. 028/13 vom Mai 2013), die Verkehrswende eingeleitet werden. Dazu wird die Stelle eines/r Mobilitätsbeauftragten geschaffen, deren Schwerpunkt die emissionsfreie Mobilität ist.
5. Zur Stärkung des Baum- und Grünschutzes wird der Bürgermeister beauftragt zu prüfen, welche zusätzlichen Stellen erforderlich sind, um illegalen Baumfällungen nachgehen zu können, um Ausgleichs- und Ersatzpflanzungen zu kontrollieren und um Verstöße gegen bestehende Pestizideinsatzverbote zu ahnden. Das Prüfergebnis soll den Gemeindevertreter*innen im Mai 2020 vorgestellt werden.
6. Der Bürgermeister wird beauftragt, der Gemeindevertreterversammlung und der Öffentlichkeit jährlich über Fortschritte und Schwierigkeiten auf dem Weg zur klimaneutralen Kommune im Jahr 2030 Bericht zu erstatten.

- Der Antrag wird zurückgestellt.

TOP 17.2.7 Siedlung "Klein Moskau" - Antrag der CDU-Fraktion

DS-Nr. 114/19

Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Planung auf den Weg zu bringen, die zum Ziel hat, die deutlichen Defizite in der Unterhaltung und der Infrastruktur des Gebietes zu beseitigen. Dazu gehören die Wiederherstellung des Entwässerungssystems, die Erschließung mit Medien und die Beschaffenheit der Straßen und Wege.

Hierzu sollen Varianten entwickelt werden, die auch eine rechtliche Würdigung der Umsetzung der Maßnahmen auf öffentlichen und privaten Grundstücken beinhalten. Neben den technischen Aspekten sind auch gestalterische Betrachtungen hinsichtlich des Städtebaus und des spezifischen Charakters des Gebietes zu berücksichtigen.

Darüber hinaus ist zu prüfen, inwieweit in den Randgebieten, diejenigen Grundstücke, die einen einwandfreien tragfähigen Baugrund aufweisen, einer anderen baurechtlichen Nutzungskategorie zugeführt werden können.

- Erläuterungen zum Antrag durch Frau Dr. Bastians-Osthaus.

Geschäftsordnungsantrag durch den Bürgermeister – Verweisung in den Bauausschuss

An der Aussprache zur DS-Nr. 114/19 beteiligen sich:

Herr Schubert
Herr Warnick
Herr Templin
Herr Krüger
Herr Warnick
Frau Sahlmann

Geschäftsordnungsantrag von Frau Richel – Ende der Rednerliste

Auf der Rednerliste stehen noch:

Herr Gutheins
Herr Warnick

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung in den Bauausschuss:

Der Geschäftsordnungsantrag wird mehrheitlich angenommen.

TOP 17.2.8	Erhalt des Objekts "Toni Stemmler" als soziales/kulturelles Angebot für die Bürgerinnen und Bürger von Kleinmachnow - Antrag der Fraktion SPD/DIE LINKE/PRO	DS-Nr. 116/19
-------------------	--	----------------------

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, mit kompetenten Partnern ein inhaltliches Angebot zu vereinbaren, das die weitere Perspektive der öffentlichen Nutzung ohne Unterbrechung sichert.
2. Das Konzept muss mehrheitlich ein dem Anteil älterer Bürger in Kleinmachnow entsprechendes Angebot enthalten.
3. Vorrangig ist das Gespräch mit dem aktuellen Betreiber, der „Volkssolidarität Landesverband Brandenburg e. V.“ zu suchen. Hierbei ist vor allem zu klären, wie hoch der jährliche finanzielle Einsatz für das Betreiben dieser Einrichtung ist, und welchen finanziellen Beitrag der jetzige Betreiber langfristig leisten kann, bzw. leisten will.

- Erläuterungen zum Antrag durch Herrn Bültermann.
- Der Bürgermeister, Herr Grubert, führt aus, dass er im nichtöffentlichen Teil der Sitzung Zahlen bekanntgeben wird.

Geschäftsordnungsantrag von Herrn Templin – Verweisung in den Ausschuss für Schule, Kultur und Soziales und in den Finanzausschuss

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag:

Der Geschäftsordnungsantrag wird mehrheitlich abgelehnt.

An der Aussprache zur DS-Nr. 116/19 beteiligen sich:

Frau Dr. Bastians-Osthaus
Herr Warnick
Herr Bültermann

**Änderungsantrag der einreichenden Fraktion – Punkt 2 wird wie folgt geändert:
Das Konzept muss überwiegend Angebote für die älteren Bürgerinnen und Bürger
Kleinmachnows enthalten.**

An der weiteren Aussprache zur geänderten DS-Nr. 116/19 beteiligt sich:
Herr Steinacker

Abstimmung zur geänderten DS-Nr. 116/19:
Die geänderte DS-Nr. 116/19 wird einstimmig beschlossen.

TOP 17.2.9	Errichtung zweier Fußballtore auf der Grünfläche Johannis- tisch/Franzosenfichten - Antrag der Fraktion BIK	DS-Nr. 117/19
-------------------	--	----------------------

Der Bürgermeister wird beauftragt, auf der Grünfläche Johannistisch/Franzosenfichten zwei Fußballtore als Ersatz für die vom Bauhof entfernten Tore aufzustellen.

- Erläuterungen zum Antrag durch Herrn Templin.

An der Aussprache zur DS-Nr. 117/19 beteiligen sich:

Bürgermeister Herr Grubert
Herr Gutheins
Herr Krüger
Herr Templin
Frau Dr. Bastians-Osthaus
Frau Schwarzkopf
Herr Bültermann

Abstimmung zur DS-Nr. 117/19:
Die DS-Nr. 117/19 wird mehrheitlich abgelehnt.

TOP 17.2.10	Plakatwerbung in Kleinmachnow - Antrag der Fraktion SPD/DIE LIN- KE/PRO	DS-Nr. 118/19
------------------------	--	----------------------

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, eine „Satzung der Gemeinde Kleinmachnow zur Verfahrensregelung über die Werbung für politische Zwecke auf öffentlichen Straßen während der Wahlkampfzeit (Wahlwerbungssatzung)“ erarbeiten zu lassen. Als Vergleichsmaßstab könnte hierbei z. B. die Satzung von Bad Schandau oder ähnlichen Orten dienen (siehe Anhang).
2. Die Satzung soll im Wesentlichen beinhalten, dass für jede Partei, Wählergruppe oder Einzelbewerber/in nur maximal 100 Plakate (Personen und Themenplakate

zusammengenommen) und nur maximal drei Großplakate aufgestellt werden dürfen.

3. Aus Gründen der Ortsgestaltung soll hierbei der Rathausmarkt ausgeschlossen bleiben.
4. Die Beschränkung soll sich auf jeweils einen Wahlvorgang beziehen, d. h. bei einer gleichzeitigen Kommunalwahl und Europawahl würde sich die zu genehmigende Zahl an Wahlplakate verdoppeln, bei drei Wahlen gleichzeitig dementsprechend verdreifachen.

Anlage
Satzung von Bad Schandau

- Erläuterungen zum Antrag durch Herrn Warnick.

An der Aussprache zur DS-Nr. 118/19 beteiligt sich:

Frau Dr. Bastians-Osthaus

Geschäftsordnungsantrag von Frau Dr. Bastians-Osthaus – Verweisung in den Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Ordnungsangelegenheiten

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag:

Der Geschäftsordnungsantrag wird einstimmig angenommen.

**TOP
17.2.11**

Umbenennung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Ordnungsangelegenheiten in Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verkehr - Antrag der Fraktion B 90/Grüne

DS-Nr. 120/19

Die Gemeindevertretung beschließt, den bisherigen Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Ordnungsangelegenheiten in Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verkehr umzubenennen. Für Ordnungsangelegenheiten soll zukünftig der Bauausschuss zuständig sein.

Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verkehr befasst sich zusätzlich mit den klimatischen Auswirkungen aller Anträge und Beschlussvorlagen und stärkt damit das gebotene verantwortliche Handeln der Gemeindevertretung und der Verwaltung im Bereich des Klimaschutzes.

Dem Regionalausschuss wird die Verantwortung für den Klimaschutz entzogen.

- Erläuterungen zum Antrag durch Frau Pichl.
- Die einreichende Fraktion beantragt, den Antrag ebenfalls in die Klimaschutzkonferenz zu verweisen.

An der Aussprache zur DS-Nr. 120/19 beteiligen sich:

Herr Gutheins

Herr Templin
Herr Schubert

Abstimmung zum Antrag der Verweisung in die Klimaschutzkonferenz:

Dem Antrag auf Verweisung wird einstimmig zugestimmt.

TOP 18	Anfragen nach § 7 Absatz 2 Geschäftsordnung (schriftliche Anfragen)
---------------	--

TOP 18.1	Neuausrichtung des Regionalausschusses - schriftliche Anfrage von Herrn Steinacker	DS-Nr. 122/19
-----------------	---	----------------------

Die unbefriedigende Situation des Regionalausschusses der Kommunen TKS ist bekannt. Sie wurde in der letzten Zeit auch wiederholt in der regionalen Presse thematisiert. Dabei ergab sich u. a. Aufschluss über die Positionierung des Bürgermeisters als klarer Befürworter einer Fortführung und Reformierung des Ausschusses.

Hierzu ein Auszug aus dem Artikel „Mehr Mitspracherecht – Regionalausschuss soll mehr Handlungsgewalt bekommen“ in der Ausgabe 08/2019 des lokal.report: *Auch für Kleinmachnows Bürgermeister Michael Grubert (SPD) ist der Regionalausschuss ein wichtiges politisches Instrument, das unbedingt beibehalten werden sollte. „Eingedenk der Erfahrungen vor allem der letzten beiden Jahre erscheint es mir aber sinnvoll, dieses Gremium hinsichtlich seiner Arbeitsweise und -inhalte neu auszurichten.“*

Und in dem von der MAZ am 09.07.2019 publizierten Beitrag „Auslaufmodell oder mehr Befugnisse? Regionalausschuss der TKS-Kommunen mit unklarer Zukunft“ war in Bezug auf die Ausschussreform zu lesen: *Spätestens nach der Sommerpause treffen sich die Bürgermeister, um eine Strategie zu entwickeln.*

Vor diesem Hintergrund folgende Fragen:

1. Inwieweit ist Kleinmachnow hinsichtlich der Neuausrichtung des Regionalausschusses bereits initiativ geworden?
2. Welche (weiteren) diesbezüglichen Schritte plant der Bürgermeister bis zum Jahresende 2019?
3. Welche inhaltlichen Zielvorstellungen hat der Bürgermeister für die Neuausrichtung, wie ist seine Strategie zur Erreichung der Ziele?
4. Wie soll/wird die Einbeziehung der in den Regionalausschuss entsandten GemeindevertreterInnen (bzw. weiter gefasst: der Gemeindevertretung insgesamt) in die anstehenden Überlegungen und Schritte zur Reform des Regionalausschusses erfolgen?

➤ Die Fragen werden zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung schriftlich beantwortet.

**TOP 18.2 Restaurierung der Remise Zehlendorfer Damm 200 - schriftliche
Anfrage von Frau Dr. Bastians-Osthaus**

DS-Nr. 123/19

Im Dezember 2018 hat die Gemeindevertretung einstimmig beschlossen, dass die Remise des Zehlendorfer Damm 200 restauriert werden soll und hierfür die entsprechenden Mittel in Höhe von 100.000 Euro in den Haushalt 2019 eingestellt werden (DS-Nr. 150/18/1).

- **Wie ist der Stand der Bearbeitung?**
- **Wie ist der weitere Zeitplan?**

Aufgrund des desolaten Zustandes des Dachs vom Hauptgebäude war es allerdings zunächst vordringlicher, Maßnahmen zur Bestandssicherung des Dachstuhles zu ergreifen. Aus dem Grund sah sich die Verwaltung an erster Stelle veranlasst, die verfügbaren Personalressourcen vorrangig auf dieses Problem zu fokussieren. Das in diesem Zusammenhang in Auftrag gegeben Gutachten ist erst kürzlich hier eingegangen. Erst nach Auswertung dieser fachlichen Stellungnahme lässt sich zuverlässig abschätzen, in welcher Reihenfolge Maßnahmen auf dem Grundstück Zehlendorfer Damm 200 angegangen werden können.

TOP 19 Anfragen nach § 7 Absatz 3 Geschäftsordnung (mündliche Anfragen)

1. Frau Dr. Bastians-Osthaus

- 1.1 Im UVO-Ausschuss wurde mir zugesagt, dass meine Anfrage aus dem UVO-Ausschuss zur heutigen Sitzung beantwortet wird. Die Anfrage wurde nicht beantwortet. Wann wird meine Anfrage beantwortet?**

Frau Leißner, Fachbereichsleiterin Öffentliche Sicherheit/Recht/Ordnung

Mit Schrecken habe ich feststellen müssen, dass ich meine ausgearbeitete Beantwortung nicht verteilt worden ist. Das ist ein Fehler meinerseits, für den ich mich entschuldige.

- Die Beantwortung der Anfrage von Frau Dr. Bastians-Osthaus aus dem UVO-Ausschuss wird allen Mitgliedern der Gemeindevertretung zeitnah per E-Mail zugeschickt.

Kleinmachnow, den 21.10.2019

Henry Liebreuz
Vorsitzender der Gemeindevertretung

Anlagen